

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 12. Januar 1994

am Donnerstag, dem 13. Januar 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Ackermann, Else (CDU/CSU)	20, 21	Lennartz, Klaus (SPD)	5
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	10, 36	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	35
Caspers-Merk, Marion (SPD)	25	Lummer, Heinrich (CDU/CSU)	29, 30
Erlar, Gernot (SPD)	16, 17	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	3, 4
Gallus, Georg (F.D.P.)	8, 9	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	26
Gansel, Norbert (SPD)	18, 19	Reddemann, Gerhard (CDU/CSU)	14, 15
Harries, Klaus (CDU/CSU)	1, 2	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	31, 32
Jäger, Claus (CDU/CSU)	22	Steen, Antje-Marie (SPD)	23, 24
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	11, 12	Stiegler, Ludwig (SPD)	13, 28
Kubatschka, Horst (SPD)	6, 27	Wallow, Hans (SPD)	7, 39
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	37, 38	Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der im Jahre 1993 in Paris durchgeführte Test, an dem Richter aus sieben EG-Nationen teilgenommen haben, um den Ablauf von Strafrechtsfällen nach jeweiligem nationalen Recht zu prüfen, bekannt?
2. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, aus diesem Test insofern für das deutsche Strafverfahrensrecht Konsequenzen zu ziehen, da dieses sich als das umständlichste, zeitaufwendigste und personalintensivste erwiesen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter
Albrecht Müller
(Pleisweiler)
(SPD) Sind beim Gerätedepot der Log. Brigade 2 in Gernersheim über die für den 30. September 1994 geplante Umgliederung hinaus Veränderungen der Aufgabenbereiche und/oder des Beschäftigungsstandes geplant, und welche Auswirkungen hätte eine Veränderung des Beschäftigungsstandes auf die Arbeitsplatzsituation in der Region?
4. Abgeordneter
Albrecht Müller
(Pleisweiler)
(SPD) Ist beabsichtigt, Aufgaben an Privatunternehmen zu vergeben, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordneter
Klaus Lennartz
(SPD) Wie beurteilt der Bundeskanzler die Bestrebungen der Pflanzenschutzmittelindustrie und der Landwirtschaft, über die EG-Pflanzenschutzmittelzulassung den Pestizidgrenzwert der EG-Trinkwasserrichtlinie durch höhere Grenzwerte

zu ersetzen, um so das bei uns verbotene Atrazin und andere ins Grundwasser und Trinkwasser gelangende Pflanzenschutzmittel verkaufen und anwenden zu können, und wie wird der Bundeskanzler angesichts des andauernden Streits zwischen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundesministerium für Gesundheit seine Richtlinienkompetenz ausüben, um auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundesrates und des Umwelt- und Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages im EU-Agrar-Ministerrat bei der Entscheidung über die Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel im Sinne eines vorsorgenden Trinkwasser- und Gewässerschutzes für die Beibehaltung des EG-Trinkwassergrenzwertes von 0,1 Mikrogramm Pestizide pro Liter einzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

6. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Eindruck des „Jahrhunderthochwassers“ an Rhein, Mosel, Donau und Saar die Kanalisierungspläne der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, und wie verträgt sich der geplante gigantische Donauausbau mit dem jetzt auch von der Bundesregierung erkannten Kausalzusammenhang, daß „Abertausende kleine – der neue Bebauungsplan, die kleine Bachbegradigung –, aber auch große Eingriffe in die Natur am Hochwasser mitverantwortlich gewesen“ seien (dpa/ap-Meldung vom 2. Januar 1994)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Carl-Dieter Spranger, im Hinblick darauf, daß er die Abrüstung zum Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfemitteln gemacht hat, die Forderungen, den deutschen Waffenexport zu liberalisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordneter
Georg
Gallus
(F.D.P.) | Kann die Bundesregierung Zahlen darüber nennen, welche Ausmaße das organisierte Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland bis heute erreicht hat? |
| 9. Abgeordneter
Georg
Gallus
(F.D.P.) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Schaden, welcher das organisierte Verbrechen der deutschen Volkswirtschaft jährlich zufügt? |
| 10. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der PDS? |
| 11. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Was wurde durch die Bundesregierung veranlaßt, um den bei der Bundesregierung vorliegenden „mehreren Hinweisen“ nachzugehen, wonach sich der ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel vor seinem Tod in Genf mit mehreren Personen getroffen haben soll? |
| 12. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Hat sich die Bundesregierung um Erkenntnisse darüber bemüht, ob Behauptungen zutreffen, wonach der ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel Beziehungen zu Waffengeschäften und Kontakt zu Waffenhändlern hatte? |
| 13. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der Tschechischen Republik über den Bau und die gemeinsame Nutzung von Grenzübergängen entlang der tschechisch-bayerischen Grenze, und bis wann wird zum Beispiel Klarheit über die Zukunft der Grenzübergänge Waldsassen und Bärnau erwartet? |
| 14. Abgeordneter
Gerhard
Reddemann
(CDU/CSU) | Gibt es unmittelbare oder mittelbare Financiers, von denen die sogenannte Liberaldemokratische Partei Rußlands Wahlhilfe erhalten hat? |

15. Abgeordneter
**Gerhard
Reddemann**
(CDU/CSU)

Können Gelder aus deutschen Kassen über die in den Niederlanden registrierte Firma eines russischen Staatsbürgers an die sogenannten Liberaldemokraten Rußlands gezahlt worden sein, und ist es denkbar, daß hierbei eine parteinahe Stiftung unter Verwendung von Bundesmitteln behilflich war?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

16. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Zugunsten welcher Länder sind in den Jahren 1990, 1991, 1992 und 1993 von der Bundesregierung Hermes-Bürgschaften, die sich auf die Lieferung von militärischen Gütern beziehen, übernommen worden, und welchen Wert hatten diese Bürgschaften im einzelnen?

17. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Nach welchen Kriterien wurden und werden Anträge auf Hermes-Bürgschaften für Lieferungen von Waffen und militärischen Gütern geprüft, und welche Rolle spielt bei der Vergabe die Menschenrechtssituation in dem Empfängerland?

18. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)

Welche Überlegungen gibt es in der Bundesregierung für eine Änderung des Kriegswaffenkontroll- und des Außenwirtschaftsrechts, und welche Rüstungsexportpolitik verfolgt die Bundesregierung in den internationalen Gremien, insbesondere in der Europäischen Union?

19. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)

Wie ist die Nuklearexportpolitik gegenüber dem Iran, und ist der Bundesregierung der Artikel in der New York Times vom 29. Dezember 1993 über die „Israeli-German-Czech connection“ bekannt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

20. Abgeordnete
**Dr. Else
Ackermann**
(CDU/CSU)

Um wieviel würde sich die Altersversorgung von Lehrern in der ehemaligen DDR erhöhen bei Anerkennung von Sozialversicherungsrente und Zusatzversorgung (um je ein Beispiel aus der höchsten und aus der niedrigsten Gehaltsklasse wird gebeten), die mit der allgemeinen Begründung „ungerechtfertigte Leistungen sind abzuschaffen, überhöhte Leistungen abzubauen, eine Besserstellung gegenüber vergleichbaren Ansprüchen und Anwartschaften aus anderen öffentlichen Versorgungssystemen darf nicht erfolgen“ (Wilmarstadt, Das neue Rentenrecht, S. 223) gänzlich abgeschafft wurde, im Vergleich zum Gehalt und zur Pension (Gesamtvergütung) der Lehrer in den alten Bundesländern?

21. Abgeordnete
**Dr. Else
Ackermann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Bürger im Beitrittsgebiet bis mindestens etwa zum Jahre 2025 das Alterseinkommen vergleichbarer Alt-Bundesbürger nicht erreichen können, weil die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme aus der DDR (2. Säule der Alterssicherung) liquidiert wurden und eine 3. Säule in der DDR gar nicht existierte, obgleich den Bürgern im Beitrittsgebiet eine schrittweise Angleichung ihres Einkommens an das Einkommen der Bürger in den alten Bundesländern aus Bestandteilen der drei sogenannten „Säulen“ zusammengesetzt, während das Alterseinkommen der Bürger aus dem Beitrittsgebiet ausschließlich darauf beschränkt ist, was die eine Säule (gesetzliche Rentenversicherung) hergibt?

22. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung in Beachtung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem versucht wird, die Benachteiligung in der Rentenversicherung bei Familienmüttern, die wegen Erziehung mehrerer Kinder nicht außerhäuslich erwerbstätig sein konnten oder können, gegenüber anderen Frauen endlich zu beseitigen?

23. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie viele Steuerkarten aufgrund der Hinterlegungspflicht bei den Arbeitsämtern abgegeben wurden, welche Auswirkungen diese Hinterlegungspflicht auf die Verhinderung der sogenannten Schwarzarbeit hat?

24. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft über die Kosten geben, die durch die Hinterlegungspflicht der Lohnsteuerkarten bei den Arbeitsämtern durch erhöhten Verwaltungsaufwand, wie Annahme, Ablage, Zurücksendung der Steuerkarten, sowie für Portokosten bei der Rücksendung entstehen, und welche Erwartung setzt die Bundesregierung in diese Regelung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

25. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung, wie schon öfters angekündigt, durch Rechtsverordnung eine Rücknahmepflicht für Altpapier und Altautos einführen?

26. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)**
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung, wie schon oft angekündigt, durch Rechtsverordnung eine Rücknahmepflicht für gebrauchte Batterien und schadstoffhaltige Verpackungen einführen?

27. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung, wie schon öfters angekündigt, durch Rechtsverordnung eine Rücknahmepflicht für Elektronikschrott einführen, und wann ist mit dem Erlass der sogenannten Mehrwegverordnung zu rechnen?

28. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie ist der Stand der Vorbereitungen der Altautoverordnung, und bis wann ist mit der Verabschiedung der bereits für 1993 angekündigten Verordnung zum Autoschrottreycling zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

29. Abgeordneter
**Heinrich
Lummer**
(CDU/CSU)

Für welchen Pegelstand war der Hochwasserschutz der sog. „Schürmannbauten“ bei Beginn des sog. „Jahrhunderthochwassers“ vom Dezember 1993 ausgelegt, und in welchem Verhältnis stand dieser Wert zur Höhe eines unter Baustandards kern branchenüblichen Hochwasserschutzes?

30. Abgeordneter
Heinrich Lummer
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß angesichts der Überschreitung des Hochwasserschutzes durch den Pegelstand des Rheins eine Entscheidung zur Flutung des Bauwerks getroffen werden mußte und dies nur durch Einreißen des eigentlichen Hochwasserschutzes möglich war?
31. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Entsprechen die im Dezember 1993 erfolgten umfangreichen Wohnungsprivatisierungen an Dritte, zum Beispiel der Verkauf von über 2967 Wohnungen in der Berliner Karl-Marx-Allee an die Deutsche Pfandkreditbank, der Intention des Altschuldenhilfe-Gesetzes, nach der es um den Verkauf von Wohnungen in Ostdeutschland an die derzeitigen Nutzer geht?
32. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Was tut die Bundesregierung, um erfolgte Wohnungsverkäufe in Ostdeutschland an Dritte – ohne Mieterinnen und Mietern den Vorrang einzuräumen – zu stoppen bzw. rückgängig zu machen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

33. Abgeordnete
Heidemarie Wieczorek-Zeul
(SPD)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Frage der Rüstungsexportkontrolle in den Rang einer „Gemeinsamen Aktion“ der Europäischen Union zu erheben, bzw. ist ein derartiges Verfahren in der Europäischen Union geplant?
34. Abgeordnete
Heidemarie Wieczorek-Zeul
(SPD)
- Wann sollte gegebenenfalls die Entscheidung über die Frage, ob eine Gemeinsame Aktion verwirklicht wird, im Rat getroffen werden?
35. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Hat die Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastricht-Vertrag vom 12. Oktober 1993 zusammen mit der Ratifikationsurkunde hinterlegt, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dieser gemeinsamen Hinterlegung?

- | | |
|--|---|
| 36. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche sicherheits- und verteidigungspolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des russischen Verteidigungsministers, die russischen Streitkräfte nicht auf 1,5 Millionen Soldaten abzurüsten? |
| 37. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die soziale und wirtschaftliche Situation der indigenen Völker Mexikos (der Indianer Mexikos), und worin sieht sie die Ursachen für den „Aufstand“ der Indianer? |
| 38. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Welche Möglichkeiten wird die Bundesregierung ergreifen, um die Vollstreckung des Todesurteils eines iranischen Gerichts gegen den Deutschen Helmut Szimkus wegen angeblicher Spionagetätigkeit zugunsten des Irak zu verhindern, und wird sie auf seine Freilassung hinwirken? |
| 39. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | In welcher Form wird die Bundesregierung die Initiativen der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen und gegenüber den 44 Ländern, in denen Minen produziert werden, unterstützen, um ein weltweites Moratorium von drei bis vier Jahren für den Export, Verkauf und Transfer von Landminen durchzusetzen? |

Bonn, den 7. Januar 1994

